

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 6

Vorwort: Die erste Seite
Autor: Wehrli, Bernhard

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die erste Seite

IST DER SACHVERSTAND AM ENDE SEINES LATEINS ANGELANGT, oder erweist er sich als unbequemer Ratgeber, so richtet sich die Politik auf Tabus aus. Unser Zeitalter scheint den Weltrekord in der Demolierung von Mythen zu erstreben. Täglich lässt es aber neue Mythen, neue Tabus entstehen. Besonders auffällig ist dies in der Wirtschaftspolitik.

Der statistische Massstab der Teuerung, der «Index der Konsumentenpreise» (früher «Lebenskostenindex») – schon an sich eine etwas fragwürdige Errungenschaft – ist wichtiger geworden als die Teuerung, die Geldentwertung selber. So liebt es die offizielle Antiinflationspolitik vor allem dort mit demonstrativen Kraftproben aufzuwarten, wo sie einige Promillesätze nachweisbarer und unmittelbar drohender Indexerhöhungen zu vermeiden hofft. Der heiligen Kuh der Indexschonung wird ein behördlich dekretiertes «deficit spending» bei den SBB und der PTT zum Opfer dargebracht. Für den Fetisch stabiler Hypothekarzinsse wird auf eine Kreditpolitik verzichtet, welche die Restriktionen bis zur letzten Konsequenz gedeihen lassen würde. Dass der Sparzins fast nur noch die Hälfte der «Teuerungsrate» ausmacht, wird ohne Bedenken hingenommen; die daraus resultierende Wertzerstörung lässt den Index ja unberührt!

Als unantastbare Werte erweisen sich ebenfalls einzelne «Sozialrechte». Vor dem Recht auf Wohnung haben die Bestrebungen zur Stabilisierung des Baumarktes abzutanken. Das Recht auf Sicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter und Krankheit steht auf einer höheren Stufe der Verehrung als die Konjunkturpolitik. Kein Wunder, wird dieses «Sozialrecht» doch über eine finanzielle Belastung der Allgemeinheit verwirklicht, die sachlich wohl inflatorisch wirkt, aber im Index nicht sichtbar zum Ausdruck gelangt.

Werden sich die Politiker bewusst, dass ein Wirtschaftsproblem noch nicht oder nur unbefriedigend gelöst ist, so appellieren sie an die «ordnende Hand des Staates». Ein neuer Mythos scheint darin zu bestehen, der Staat vermöge schon an sich «ordnend» zu wirken. Dem heutigen Problem der weltweiten Inflation steht die Privatwirtschaft zwar hilflos gegenüber, aber nicht hilfloser als die Notenbanken und Regierungen. Ist dies ein Anlass, die Staatsallmacht zum Götzen zu erheben? Am falschen Objekt angewandt, wird sie mehr Unordnung als Ordnung, mehr Leistungszerfall als Leistungsförderung, mehr wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit als Gerechtigkeit, mehr Inflation als Deflation erzeugen.

Bernhard Wehrli
